

Familienpolitik und Bildungspolitik – eine notwendige Allianz

Ein Kommentar von Sonja Dörfler, Norbert Neuwirth und Christiane Rille-Pfeiffer

Die krisenbedingten Kürzungen im Bereich der Familienleistungen eröffnen erneut die Kontroverse hinsichtlich Zielsetzung und Effizienz der Familienpolitik und ihrer Instrumente. Vor allem der Grundgedanke und die effektive Wirkung der Familienbeihilfe sollten von Politik und Gesellschaft kritisch hinterfragt werden. Nach Judikatur des Verfassungsgerichtshofs besteht die Zielsetzung, dass die Familienbeihilfe gemeinsam mit steuerlichen Familienleistungen zumindest die Hälfte des Regelbedarfs – d.h. die Hälfte der angenommenen Grundversorgungskosten eines zu erhaltenden Kindes – decken sollen. Dies wird bis dato zumindest für jüngere Kinder erreicht, die politische Diskussion lässt jedoch erkennen, dass zunehmend andere Bewertungsgrößen zur Effizienzmessung in den Vordergrund treten. Das inzwischen wichtigste Kriterium für die Politik – so scheint es zumindest – ist die konstant geringe Fertilitätsrate. Damit gerät aus dem Blick, dass es weniger um Reproduktion als vielmehr um die Gesamtproduktivität zukünftiger Generationen geht. Diese beinhaltet sämtliche Bestandteile des Humanvermögens, also neben wirtschaftlich verwertbarem Humankapital auch gesellschaftliche Partizipation, Beziehungsfähigkeit und letztlich die Lebenszufriedenheit der Individuen. Der Erfolg einer Volkswirtschaft hängt weitgehend vom Zusammenspiel eben dieser Faktoren ab.

Aus Kinderperspektive betrachtet, fokussierte die österreichische Familienpolitik in den vergangenen Jahren auf die ersten Lebensjahre des Kindes. Die Lebensphase des Jugendlichen und des jungen Erwachsenen führte demgegenüber ein Schattendasein auf der familienpolitischen Agenda. Dass die Familienpolitik junge Heranwachsende zunehmend aus den Augen verliert, zeigt sich nun auch an den gegenwärtigen Diskussionen um die Familienbeihilfe.

Dabei sind es doch gerade jene jungen Heranwachsenden, die unser Gesellschaftssystem zukünftig zu erhalten haben. Sie sind es, die einerseits als nächste „aktive“ Generation mit ihrer Arbeitsleistung die Systeme der sozialen Sicherung aufrechterhalten sowie durch ihre Entscheidung zu Kindern den Erhalt des Humanvermögens und damit die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft sicherstellen sollen. Die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass es für junge Menschen immer schwieriger wird, den Übertritt in die Erwachsenenwelt zu schaffen. Die bislang selbstverständliche Erwartung, dass eine abgeschlossene Ausbildung auch zu einer anschließenden Erwerbstätigkeit führt, erfüllt sich zunehmend weniger. Phasen prekärer Beschäftigung sind vor allem am Beginn des Erwerbslebens zur Normalität geworden. Gleichzeitig verlangen steigende wie wechselnde Qualifikationserfordernisse Flexibilität im Ausbildungsverhalten. Zudem lassen der – oftmals aus finanziellen Gründen notwendige – Verbleib im elterlichen Haushalt und die zeitlich aufgeschobene Familiengründung den Prozess des Erwachsenwerdens zunehmend zu einem Projekt werden, das sich bis weit in das dritte Lebensjahrzehnt hineinzieht.

Die zentralen gesellschaftlichen Bezugssysteme, mit denen Jugendliche und junge Menschen an der Schwelle zum Erwachsenenalter konfrontiert werden, sind der

Ausbildungsbereich und die Arbeitswelt. Hier werden seitens der Politik die strukturellen Weichen dafür gestellt, wie gut oder schlecht es jungen Menschen gelingt, sich eine eigene Lebensgrundlage zu schaffen. Der Erfolg von Familienpolitik wird sich also nicht nur an – den viel beschworenen – höheren Fertilitätsraten ablesen lassen, sondern vor allem daran, welche strukturellen Bedingungen sie bereitstellt, um jungen Menschen die Chance zum Erwachsenwerden zu geben.

Die Bedürfnisse junger Heranwachsender als Adressaten von Familienbeihilfe zielen nicht – wie im Falle von kleinen Kindern – auf Betreuung, sondern primär auf den Erwerb von Humankapital ab. In dieser Phase zeitigt gerade das Instrument der Familienbeihilfe aber zunehmend adverse Effekte. Sie verschärft in ihrer jetzigen Form die Schieflage der Ausbildungs- und Lebenschancen junger Menschen, da sie für die verschiedenen Bildungs- bzw. Lebenswege unterschiedlich lange ausbezahlt wird. Dadurch trägt sie den Flexibilitätserfordernissen moderner Ausbildungsverläufe nicht hinreichend Rechnung.

Wir stehen in Österreich generell vor der Situation, dass Bildungschancen infolge der frühen, deshalb auch vorrangig sozialen Selektion in AHS- und Hauptschüler noch immer weitgehend vererbt werden. Diese Vererbung wird durch die unterschiedliche Bezugsdauer der Familienbeihilfe weiter gestützt. Dem sollte im Wesentlichen vorgebeugt werden. Beispielsweise könnte ein Teil dieses monetären Transfers in Form von Bildungsgutscheinen oder eines persönlichen Ausbildungskontos für jeden Heranwachsenden in gleichem Ausmaß zur Verfügung gestellt wird.

Hinsichtlich der staatlichen Unterstützung von jungen Menschen stehen wir heute eher vor bildungspolitischen als vor familienpolitischen Herausforderungen. Die derzeitige Diskussion um die Kürzung der Familienbeihilfe geht am eigentlichen Problem vorbei und verdeckt die Notwendigkeit, neue bildungspolitische Instrumente zu entwickeln, die den unterschiedlichen Bildungswegen bzw. Lebensentwürfen von jungen Menschen Rechnung tragen. Eine effektive Familienpolitik muss daher immer Bildungspolitik inkludieren.